



SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin

**Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger!**

Der Bundestag hat in dieser Woche mit der Ampelmehrheit den Haushalt für das nächste Jahr beschlossen. Bundesfinanzminister Christian Lindner rühmt sich, der Haushalt halte die Schuldenbremse ein.

Was er nicht sagt: Die Ampel macht allein in diesem Jahr mehr Schulden als alle CDU-geführten Bundesregierungen in der Zeit von 2006 bis 2021 zusammen. Was er auch nicht sagt: In diesem Jahr wurden hunderte Milliarden Euro Schulden gemacht, für die es gar keinen Bedarf gibt. Sie sollen erst in den nächsten Jahren ausgegeben werden. Der Bundesrechnungshof sieht darin einen Verstoß gegen Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit und äußert sogar verfassungsrechtliche Bedenken.

Lindners Ziel: Er will sich als haushaltspolitischer Saubermann präsentieren, obwohl er jede Möglichkeit nutzt, um die Schuldenaufnahme bis zum Anschlag auszureizen, wo Priorisierung und klare Schwerpunktsetzung dringend nötig wären. Solide Haushaltspolitik geht anders. Das habe ich auch in meiner Rede zu den Etatberatungen verdeutlicht.

Solide Haushaltspolitik ist eine Frage der Generationengerechtigkeit und des Respekts gegenüber den Steuerzahlerinnen und -zahlern. Es ist keine große Leistung, die Schuldenbremse formal einzuhalten, wenn man sie gleichzeitig aushöhlt und über Schattenhaushalte riesige zusätzliche Schuldenberge anhäuft.

In dieser Woche konnten aber auch die von der Ampelkoalition auf den Weg gebrachten Fehlentwicklungen bei der künftigen Ausgestaltung des Arbeitslosengeldes II korrigiert werden, das künftig Bürgergeld heißt. Nachdem der Bundesrat zunächst die Zustimmung zu den Ampelplänen verweigert hatte, wurde im Vermittlungsverfahren eine Korrektur erreicht, die wieder fordern und fördern in den Mittelpunkt stellt. Mehr dazu im Newsletter.

Auch bei den Plänen zur Erhöhung der Erbschaftsteuer scheint sich ein Einlenken der Ampel anzudeuten. Sie soll in der nächsten Woche als Teil des Jahressteuergesetzes 2022 verabschiedet werden. Als Unionsfraktion haben wir dazu noch eine Expertenanhörung durchgesetzt.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Start ins Wochenende und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich
Sebastian Brehm

Der neueste Dreh an der Abgabenschraube



Die Ampelkoalition dreht weiter an der Abgabenschraube. Als ob die Preisexplosion an der Zapfsäule der Transportbranche nicht schon genug Probleme bereitet, soll zum Jahresbeginn die Fernstraßenmaut massiv erhöht werden. Außerdem droht vor allem dem Handwerk noch weiteres Ungemach: Rot-Gelb-Grün kündigte in der Debatte bereits ein weiteres Gesetz an, mit dem dann auch Nutzfahrzeuge ab 3,5 Tonnen Gesamtgewicht in die Maut einbezogen werden sollen. Vor allem den Handwerksbetrieben droht damit schon bald ein neuer Kostenschub.



Sebastian Brehm: „Die geplante zusätzliche Belastung der Transport- und Logistikbranche ist ein völlig falsches Signal – für

die Branche selbst wie für die Verbraucher. Denn letztlich wird jeder Cent mehr bei der Maut als Preiserhöhung beim Verbraucher laden. Mit dem Plan, künftig auch Nutzfahrzeuge ab 3,5 Tonnen der Maut zu unterwerfen, droht zudem vor allem dem Handwerk eine neue Kostenlawine. Statt in

der jetzigen Situation Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger zu entlasten, betätigt sich die Ampel als Preistreiber.“

Erfolg für CDU/CSU und Länder: Kurskorrektur beim Bürgergeld



Auf die mahnenden Stimmen von CDU/CSU, Landkreis- und Städtetag, Handwerk, Bundesagentur für Arbeit und Bundesrechnungshof wollte die Ampel Koalition zunächst nicht hören. Doch das Scheitern im Bundesrat zwang Rot-Grün-Gelb zur Kurskorrektur.

Dann aber ging alles überraschend schnell. Zwar heißt das ALG II nun künftig Bürgergeld, aber die Leistungen für Langzeitarbeitslose bleiben weiter an eine klare Mitwirkung der Empfänger geknüpft. Wer die Mitwirkung verweigert, kann weiter vom ersten Tag an mit Sanktionen belegt werden. Das sogenannte Schonvermögen wurde von 60.000 auf 40.000 Euro und für jedes weitere Haushaltsmitglied von 30.000 auf 15.000 Euro reduziert. Die Karenzzeit, in der die finanziellen und Wohnverhältnisse nicht überprüft werden, ist nun gegenüber dem Ampel-Gesetz auf ein Jahr halbiert. Damit hat die Ampel auch den Weg für die - nicht umstrittene - Anhebung des ALG II

um 53 auf 502 Euro monatlich ab 1. Januar freigemacht.

Sebastian Brehm: „Wir haben den Respekt vor den arbeitenden Menschen in unserem Land ins



sog. Bürgergeld-Gesetz zurückgebracht. Das ALG II bleibt eine steuerfinanzierte Sozialleistung, deren

Gewährung an klare transparente Bedingungen geknüpft wird. Der Weg in das bedingungslose Grundeinkommen ist gestoppt worden. Und wir haben dem Prinzip von fördern und fordern wieder Geltung verschafft. Ziel der Union ist und bleibt es, Menschen schnell wieder in Arbeit zu bringen. Wer einen Job sucht, muss dabei unterstützt und weitergebildet werden. Wenn es auch die Ampel mit der Qualifizierung ernst meint, muss sie die Mittelkürzungen bei der Förderung von Arbeit und Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen in Höhe von gut 600 Millionen Euro schnellstens zurücknehmen.“

Gaspreisbremse im Schnelldurchgang



Kurz vor Toresschluss hat die Ampelkoalition in dieser Woche einen Entwurf für die angekündigte Gaspreisbremse vorgelegt. Weil aber ein eigenständiges Gesetz nicht mehr rechtzeitig vor dem Jahresende beschlossen

werden kann, sollen die Gaspreisbremse Teil des Jahressteuergesetzes werden, dass bereits in der nächsten Woche den Bundestag passieren soll. Eine Gaspreisbremse im Expressverfahren sozusagen.

Das gilt auch für die Übergewinnsteuer, die jetzt Gewinnabschöpfung heißt und sich als reine Zusatzsteuer für fossile Brennstoffe entpuppt. Und schließlich sollen die Einsparungen durch die Gaspreisbremse auch noch als Einkommen versteuert werden.

Sebastian Brehm: „Mit der Versteuerung der Gaspreisreduzierung trifft Rot-Grün-Gelb wieder einmal vor allem den Mittelstand. Die Betriebe, die jetzt schon unter den hohen Energiekostensteigerungen leiden, brauchen dringend Hilfe. Die Ampel aber kassiert lieber ab.“

Start in die fünfte Jahreszeit

Seit dem 11.11. um 11:11 Uhr ist wieder Faschingszeit! Nach zweijähriger Corona-bedingter

Unterbrechung kann wieder ausgiebig gefeiert werden. Ich habe mich sehr gefreut, bei der Dämmerung der Alten Großen Nürnberger Karnevalsgesellschaft 1904 e.V. als Ehrensenator den Ehrenamtlichen für ihr großes Engagement persönlich danken zu



können. Allen Närrinnen und Narren wünsche ich eine tolle fünfte Jahreszeit!

Zu Besuch bei der MU Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim



Die drängenden Probleme des Mittelstandes standen im Mittelpunkt meines Besuchs bei der Mittelstandsunion Neustadt a.d. Aisch - Bad Windsheim. Der Mittelstand als Motor von Wirtschaft und Arbeitsmarkt in unserem Land steht angesichts hoher Inflation und explodierender Energiekosten vor großen Herausforderungen. Die Ampel aber lässt Unternehmer und Unternehmerinnen, Selbständige und Freiberufler nicht nur im Regen stehen, sondern arbeitet an zusätzlichen Belastungen für den Mittelstand wie

beispielsweise der Einbeziehung von Nutzfahrzeugen von 3,5 bis unter 7,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht in die Mautzahlung. Danke an Gerd Scheuenstuhl für die Einladung und Gratulation an den neugewählten Vorstand! Ich wünsche Euch weiterhin viel Erfolg bei der politischen Arbeit vor Ort!

Gedenken an verfolgte Christen weltweit

Bei einer Kundgebung der Evangelischen Allianz am Nürnberger Kornmarkt mit dem bayerischen Innenminister Joachim Herrmann und vielen Teilnehmern haben wir anlässlich des weltweiten Gebetstages für verfolgte Christen auf das Schicksal von Millionen Christen hingewiesen.

Aktuell werden rund 360 Millionen Christen weltweit wegen ihres Glaubens diskriminiert und verfolgt. Tendenz seit Jahren leider steigend. Auf diese Situation müssen wir immer wieder aufmerksam machen!



Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.